

Antrag

Hannover, den 17.06.2025

Fraktion der CDU

Medienkompetenz stärken - digitale Verantwortung im Schulalltag etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Ob TikTok, Instagram, Snapchat oder andere soziale Plattformen - soziale Medien sind ein fester Bestandteil im Alltag von Jugendlichen. Dabei bewegen sich vor allem viele Schülerinnen und Schüler weitestgehend unbeaufsichtigt in diesen digitalen Räumen, ohne zuvor einen bewussten Umgang mit den Plattformen gelernt zu haben. Jugendliche verbringen täglich zunehmend viel Zeit auf sozialen Medienplattformen. Studien zeigen, dass dieser Konsum weitestgehend negative Auswirkungen auf die Entwicklung junger Menschen hat.¹ Viele dieser Effekte sind bislang noch nicht abschließend erforscht. Problematische Folgen sind im Schulalltag bereits deutlich spürbar: virale Challenges, Cybermobbing oder die Verbreitung von Gewaltvideos stellen Schulen zunehmend vor pädagogische und psychologische Herausforderungen. Der Schulalltag wird von diesen Phänomenen zunehmend beeinträchtigt. Das gefährdet nicht nur das Lernklima, sondern auch das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler.

Angesichts dieser Entwicklung sind Schulen besonders gefordert. Neben dem Elternhaus kommt ihnen eine besondere Verantwortung zu, denn soziale Medien nehmen auch im schulischen Alltag eine größere Rolle ein. Aufgrund ihres Bildungs- sowie ergänzenden Erziehungsauftrags nach § 2 NSchG sind Schulen in der Verantwortung, das Thema Medien aufzugreifen sowie Schülerinnen und Schüler einen kompetenten und vernünftigen Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,

1. ein Medienkompetenzcurriculum für alle weiterführenden Schulen zu erstellen,
2. für alle weiterführenden Schulen ein Mediennutzungskonzept zu entwickeln,
3. Schulen zu ermutigen, die Vernetzung mit außerschulischen Partnern zu intensivieren und auszubauen, das Landesprogramm Medienscouts weiterzuentwickeln und mit externen Bildungspartnern perspektivisch an allen Schulen umsetzen,
4. Social-Media-Sprechstunden für die Schülerinnen und Schüler an allen weiterführenden Schulen einzuführen und rechtliche sowie psychologische Beratungs- und Supervisionsstruktur aufzubauen,
5. Schulen die personellen Möglichkeiten zu geben, um die Elternarbeit zu intensivieren - Eltern sollen stärker in die Präventionsarbeit eingebunden werden. Hierfür sind regelmäßige Informationsveranstaltungen und Workshops zu den Themen Mediennutzung, Desinformationen, Cybermobbing und digitale Gewalt nötig.
6. in der Lehramtsausbildung - sowohl im Studium als auch im Referendariat - die angehenden Lehrkräfte im Umgang mit Medien, vor allem im Schulalltag, auszubilden,
7. regelmäßige und verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte und Mitarbeiter zu sozialen Medien und die damit einhergehende Medienbildung einzuführen. Lehrkräfte und Mitarbeiter sollen verstärkt in der Gewaltprävention geschult werden. Dazu gehören Programme zur Konfliktbewältigung, Mobbing-Prävention und Medienpädagogik.

¹ <https://www.deutschlandfunk.de/mediennutzung-tv-computer-kinder-jugendliche-gehirn-100.html>

8. bestehende Präventionsprogramme an Schulen auf deren Wirksamkeit und Aktualität zu überprüfen und zu bündeln. Es soll darauf hingearbeitet werden, dass Präventionsmaßnahmen nicht isoliert erfolgen, sondern im Rahmen eines umfassenden Netzwerks.

Begründung

Soziale Medien prägen den Alltag der meisten Jugendlichen, obwohl ihnen die genauen Auswirkungen auf Körper und Psyche oft nicht bewusst sind. Ein sicherer und reflektierter Umgang mit diesen Medien kann Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, Risiken und Gefahren frühzeitig zu erkennen und soziale Medien sinnvoll zu nutzen.

Die Schule stellt den einzigen Raum dar, den alle jungen Menschen im Leben durchlaufen. Daher kommt ihnen eine besondere Verantwortung zu, denn niemand ist vor den Einflüssen sozialer Medien geschützt, wenn nicht grundlegende Kompetenzen frühzeitig erlernt und verinnerlicht werden. So wie das Leben durch Gesetze und Regeln strukturiert ist, sollten auch Schulen ergänzend zur Hausordnung verbindliche Regeln für die Mediennutzung aufstellen.

Da für die bereits fächerübergreifende Strategie zur Medienkompetenz keine direkte Schulfachzuweisung vorliegt, bedarf es eines Medienkompetenzcurriculums, welches als fächerübergreifend integriert werden sollte. Zusätzlich wird das bereits bestehende Landesprogramm „Medienscouts“ professionalisiert und ausgebaut. Außerdem sollen Social-Media-Sprechstunden eingeführt werden, die den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit geben, über individuelle Sorgen und Gefahren zu sprechen und dabei nicht allein gelassen zu werden. Die Vernetzung von Schulen mit außerschulischen Partnern stellt im Hinblick auf eine ganzheitliche Präventionsstruktur im Bereich digitaler Gewalt und Cybermobbing eine große Bedeutung dar. Eine enge Kooperation mit der Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendämtern aber auch Beratungsstellen aus den Bereichen Prävention und Medienpädagogik soll sicherstellen, dass im Falle von digitaler Gewalt und Cybermobbing zeitnah und angemessen reagiert werden kann. Diese Zusammenarbeit soll institutionalisiert und regelmäßig überprüft werden.

Eltern spielen eine zentrale Rolle bei der Medienerziehung ihrer Kinder und sind wichtige Partner in der Präventionsarbeit. Essenziell sind regelmäßige Informationsveranstaltungen und Workshops zu relevanten Themen wie Mediennutzung, Desinformation, Cybermobbing und digitaler Gewalt. Durch einen gezielten Austausch zwischen Schule und Eltern kann ein gemeinsames Verständnis geschaffen werden. Nur durch eine enge Zusammenarbeit können Risiken frühzeitig erkannt und präventive Maßnahmen wirksam umgesetzt werden.

Um die Schülerschaft gewissenhaft und wirksam auf die Gefahren und Herausforderungen sozialer Medien aufmerksam zu machen und sie zu sensibilisieren, sind regelmäßige und verbindliche Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Mitarbeiter notwendig. Medienbildung soll zudem verpflichtender Bestandteil der Lehramtsausbildung sein, um zukünftigen Lehrkräften das notwendige Handwerkszeug für einen kompetenten Umgang mit digitalen Medien zu vermitteln.

Carina Hermann

Parlamentarische Geschäftsführerin